
Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 21.06.2023
Sitzungsdauer:	19:00 - 21:55 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

 Öffentliche Sitzung es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung Nichtöffentliche
Sitzung


 Werner Jacob
Vorsitzender



 Birgit Wesemann
Protokollführer
Anwesend:Vorsitzender

Herr Werner Jacob

Bürgermeister

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Herr Michel Allmrodt

Herr Michael Bartoschewski ab TOP 2

Frau Edith Braun

Herr Dr. Frank Dreihaupt

Frau Petra Fischer

Herr Marcus Graubner

Herr Peter Jagolski

Frau Carmen Kalkofen

Frau Steffi Kraemer

Herr Wilko Maatz ab TOP 2

Herr Uwe Nastke bis Mitte TOP 16

Herr Dieter Pasiciel

Frau Rita Platte

Herr Marco Radke

Herr Mathias Sprunk

Herr Bodo Strube

Herr Daniel Wegener

Herr Sven Wegener

Ortsbürgermeister

Herr Gerhard Borstell

Herr Kay Sturm

Herr Steffen Volkstedt

Herr Alexander Wittwer

Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

Abwesend:Mitglieder

Herr Ralf-Peter Bierstedt entsch.

Herr Ralf Breuer entsch.

Herr Wolfgang Kinszorra entsch.

Herr Michael Nagler entsch.

Herr Björn Paucke entsch.

Herr Christoph Plötze entsch.

Frau Alexandra Schleef entsch.

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 21.06.2023, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung	DS-Nr.
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3. Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.04.2023	
4. Einwohnerfragestunde	
5. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten (§ 65 Abs. 2 KVG LSA), Eilentscheidungen (§ 65 Abs. 4 KVG LSA) und Bekanntgaben der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse, sowie Nachfragen durch den Stadtrat dazu	
6. Berufung stellv. Ortswehrleiterin Uchtdorf	BV 1054/2023
7. Ausführung Wind-Plan durch Herrn Kuhnert, Regionale Planungsgesellschaft Altmark (REPLA)	
8. überplanmäßige Ausgabe - Dienstleistungsvertrag Tierpflege Wildpark Weißewarte	BV 1040/2023
9. überplanmäßige Ausgabe - Tierabgabe Wildpark Weißewarte	BV 1041/2023
10. Bekanntgabe Ergebnis der Bürgerbefragung nach § 28 Abs. 3 KVG LSA in der Ortschaft Schönwalde (Altmark) zum Vorhaben Errichtung einer Photovoltaikanlage in dieser Gemarkung	MV 1050/2023
11. Antrag auf Aufstellung vorzeitiger vorhabenbezogener Bebauungsplan "Sondergebiet PV Freiflächenanlage Schönwalde"	BV 1011/2023
12. Antrag auf Aufstellung vorzeitiger vorhabenbezogener Bebauungsplan Bürgersolarpark Windberge	BV 1036/2023
13. Antrag Fraktion UWGSA - Grundsatzbeschluss zum Erhalt der Industriehallen der Ortschaft Tangerhütte	BV 1042/2023
14. Antrag Fraktion WG Zukunft und SPD - Änderung der Sondernutzungsatzung in § 3 Abs. 4	BV 1043/2023
15. Antrag der Ortschaft Lüderitz - Austritt der Ortschaft Lüderitz mit seinen Ortsteilen aus der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte	BV 1046/2023
16. Anfragen und Anregungen, Sonstiges	
22. Wiederherstellung der Öffentlichkeit	
23. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse	
24. Schließung der Sitzung	

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit

Herr Jacob eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung fest.

Herr D. Wegener hat festgestellt, dass die Einladung nicht ordnungsgemäß erfolgt sei. Erstens fehlt die Unterschrift des Vorsitzenden und zweitens fehlt die Uhrzeit.

Herr Jacob sagt zu Herrn D. Wegener, die Einladung wird immer ohne Unterschrift versendet. Das andere nimmt er zur Kenntnis.

Herr D. Wegener meint, vielleicht würde es auffallen, dass etwas nicht in Ordnung ist, wenn die Einladung unterschrieben wird.

Herr Jacob stellt mit 18 anwesenden SR'en (Stadträten) die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartoschewski und **Herr Maatz** nehmen an der SR-Sitzung teil.

Herr Graubner beantragt namens der Fraktion CDU-FDP die Absetzung des TOP (Tagesordnungspunktes), Antrag auf Aufstellung vorzeitiger vorhabenbezogener B-Plan Bürgersolarpark Windberge – BV 1036/2023. In der letzten HA-Sitzung (Hauptausschusssitzung) haben sich die Räte ausschließlich über das Bürgerbegehren beschäftigt und besprochen, dass zukünftig die Möglichkeit bestehen sollte, die Bürger zu beteiligen. Deshalb schlage seine Fraktion die Absetzung des TOP bzw. die Vertagung der BV 1036/2023 vor und diese durch ein ordentliches Bürgerbegehren durchführen zu lassen und zwar mit Unterstützung der Verwaltung.

Frau Braun gibt für die SR'e und für die Bürger, die in der HA-Sitzung nicht anwesend waren, eine allgemeine Information. In der letzten Sitzung sei durch ihr der Antrag eingebracht worden, dass in Zukunft prinzipiell bei allen Vorhaben nach § 28 KVG LSA Bürgerbefragungen durchzuführen sind. Damit wolle man erreichen, dass erstens die Befangenheit ausgeschlossen wird und einige Eigentümer geschützt werden, wenn diese in kommunalpolitischer Verantwortung sind. Zweitens, für die SR'e sei dies dann ein eindeutiges Ergebnis, wenn geheim befragt und ausgezählt wurde und zwar so wie sich das gehört, mit einer Wahlunterlage durch die Verwaltung. Dieser Antrag komme im September auf die TO (Tagesordnung).

Herr Jacob stellt klar, dass sei keine Wertung der Arbeit des Ortschaftsrat und des OBM (Ortsbürgermeister), sondern eine Sicherstellung, dass alle das nach denselben Kriterien und Verfahren durchführen.

Herr Strube fragt, wird das im September ein Beschluss? Deshalb hatte er in der letzten Sitzung nachgefragt, was man bis dahin mache. Verfahren wir so wie bisher oder ist das alles nichtig, was bis dahin auf der TO steht bzw. stand? Insofern haben die Vorredner Recht aber wenn das noch kein Beschluss ist, gilt das noch nicht. Damit habe er Recht.

Herr Jacob antwortet, wenn der SR den Antrag der Fraktion CDU-FDP zustimme, müsse der SR heute nicht über die BV 1036/2023 abstimmen.

Herr Jacob bittet um Abstimmung des Antrages der Fraktion CDU-FDP, gestellt von Herrn Graubner.

Abstimmung Antrag: 14x Ja, 3x Nein, 3x Enthaltung => zugestimmt

Herr Jacob stellt fest, mit dieser Abstimmung wird die BV 1036/2023 vertagt.

TOP 3: Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.04.2023

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 19.04.2023 wird mit 14x Ja, 0x Nein, 6x Enthaltung beschlossen.

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Einwohnerin Nr. 1 möchte zur eben besprochenen Einwohnerbefragung wissen, warum werden Ortschaften befragt, die davon nicht betroffen sind? Ihrer Meinung nach, müsste man nur Ortschaften befragen, die direkt davon betroffen sind, denn von den 4 Ortschaften sei eine Ortschaft komplett raus.

Herr Brohm äußert, das ist die Ortschaft Windberge, mit seinen Ortsteilen Schleuß, Ottersburg und Brunkau. Das könne man nicht voneinander trennen. Nach KVG LSA werden alle Bürger der Ortschaft mit seinen Ortsteilen bei einer Bürgerbefragung im Briefwahlverfahren befragt.

Protokoll Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

Einwohner Nr. 2 fragt, schaut der SR (Stadtrat) vor Abstimmung eines Solarparks in den Kriterienkatalog und kontrolliert, ob die Sachen, die zum Bau beantragt werden, konform sind?

Herr Brohm erklärt, das normale Verfahren wäre auch ohne Kriterienkatalog und ohne Gebietskunde möglich. Formal wäre es so, ein Interessierter würde einen Antrag auf einen Aufstellungsbeschluss stellen. Dann würde der direkte Antrag, ohne Diskussion, über die Ortschaft, über den BA (Bauausschuss), über den HA und über den SR gehen. Dieses Verfahren habe man in der Vergangenheit nicht als zielführend befunden. Darum habe man den Kriterienkatalog vorgeschaltet, um uns ins Benehmen zu setzen, mit denen, die es eigentlich angeht und zwar, die Ortschaften, die Flächeneigentümer und die Flächenbewirtschafter. Der Kriterienkatalog beinhalte eine Handhabung, wie man vorgeht. In diesem Verfahren und dem Verfahren davor habe man gute Erfahrungen gemacht. Herr Brohm gibt noch weitere Erläuterungen zum Kriterienkatalog.

Einwohner Nr. 2 habe dies so verstanden, dass man individuell vom Kriterienkatalog auch abweichen dürfe aber als Einzelentscheid, wo immer wieder geprüft wird.

Herr Jacob ergänzt, wenn man sich die Ergebnisse der Abstimmungen anschau, müsste das, wenn alle nach den Buchstaben des Gesetzes gehen, einheitlich sein. Ist es aber nicht. D.h., es werde unterschiedlich gewichtet und bewertet.

Einwohner Nr. 2 merkt an, im Kriterienkatalog stehen auch die Finanzvorteile für unsere Gemeinde und dass ein finanzieller Vorteil für die Anwohner mit enthalten sein sollte. Das findet er sehr wichtig, denn heutzutage gehe viel über den Geldbeutel und dann sei es faktisch richtig, den Einwohnern, die damit täglich zu tun haben, so weit entgegen zu kommen, dass diese sagen, okay, damit können wir leben. Aber dieses Angebot, was unterbreitet wurde, sehe er als komplett falsch und aus der Luft gegriffen an, denn wenn er beim aktuellen Strompreis den Anbieter wechsele, komme er günstiger als mit den 10 Cent Rabatt, die angeboten wurden. Das sehe er es als fragwürdig an und in Verantwortung der SR'e gegenüber den Bürgern, zu überprüfen und nachzusteuern, damit man evtl. zu den Bürgern sagen könnte, ihr habt einen Vorteil. Er bittet den SR nochmal darüber zu schauen und evtl. nachzusteuern. Im Kriterienkatalog stehen einige Kriterien drin, die wirklich überprüft werden müssten.

Herr Brohm geht nochmal auf das Verfahren ein und erklärt dieses.

Herr Jacob hält den Einwand des Einwohners Nr. 2 für wichtig. Er glaube, dass man mit denen, die etwas wollen, besser, das vorher geregelt zu haben als wenn man eine Genehmigung habe, denn dann bekomme man es nimmermehr. Deshalb sei es gut und wichtig, dass die Ortschaft gestärkt miteinander dieses Problem angeht. Er glaube auch, dass es richtig ist, sich für den Kriterienkatalog noch einmal etwas zu überlegen. Der SR habe miteinander verabredet, dass man den Kriterienkatalog nochmal überarbeite.

Einwohner Nr. 2 beantragt, dass zum Protokoll eine schriftliche Ausführung von einigen Einwohnern der Ortschaft mit beigefügt werde, s. Anlage 1 und 2 -separate Datei.

Herr Jacob wird dies dem Protokoll als Anlage beifügen lassen und schließt die Einwohnerfragestunde.

TOP 5: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten (§ 65 Abs. 2 KVG LSA), Eilentscheidungen (§ 65 Abs. 4 KVG LSA) und Bekanntgaben der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse, sowie Nachfragen durch den Stadtrat dazu

- Wildpark Weißewarte
 - Tiere werden bis 30.06.2023 vergeben
- Haushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept
 - an Kommunalaufsicht übermittelt
- Großbaustelle Norma
 - 26.06.2023: Eröffnung - BM lädt SR dazu ein
- Grundschule „Am Tanger“ Tangerhütte
 - 29.06.2023: Tag der offenen Tür
- Wilhelm-Wundt-Schule Tangerhütte
 - nach längerer Bauphase fertig saniert – energetische Sanierung
 - 01.07.2023: Tag der offenen Tür
- Namibia
 - im Gespräch: Delegation einladen mit Zielvorstellung: September 2023
 - noch Team Lüderitz aufstellen

TOP 6: Berufung stellv. Ortswehrleiterin Uchtdorf - Vorlage: BV 1054/2023

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 1054/2023.

Der Stadtrat beschließt, Kameradin Caroline Stumm, auf Vorschlag der Kameraden der Ortsfeuerwehr Uchtdorf, ab dem 01.07.2023, für die Dauer von 6 Jahren zur stellvertretenden Ortswehrleiterin der Ortsfeuerwehr Uchtdorf zu berufen.

Abstimmungsergebnis: 20x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung => beschlossen

TOP 7: Ausführung Wind-Plan durch Herrn Kuhnert, Regionale Planungsgesellschaft Altmark (REPLA)

Herr Kunert von der REPLA möchte nicht nur über den Wind-Plan informieren, sondern auch über den Regionalen Entwicklungsplan, den seine Gesellschaft gerade neu aufstelle. Per Power Point gibt er seine Ausführungen, s. Anlage 3 – separate Datei.

Zwischendurch geben **einige SR'e** ihre Meinung und stellen ihre Fragen.

Herr Kunert beantwortet die Fragen der SR'e **Herrn Graubner, Frau Kalkofen, Frau Platte, Herrn D. Wegener, Frau Braun** (wörtlich in Niederschrift, s. Anstrich), **Herrn Jacob, Herrn Sprunk und Frau Kraemer**.

– Stellungnahmen, die die REPLA zur Grundfläche bekommen habe, kann man auf der Internetseite der REPLA einsehen, unter „altmark.eu“.

– bitte um eine Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema: Flächen in unserer EGem, die von der REPLA bis jetzt vorgesehen sind

– Baugesetzbuch § 1: besteht Anpassungspflicht der Bauleitplanung an die Regionalplanung

– Frau Braun wörtlich in Niederschrift:

„Wo ist unser FN-Plan (Flächennutzungsplan), den der SR beschlossen habe? Wenn wir keinen FN-Plan haben, dann werden wir von der Regionalversammlung hier befrachtet, was nicht im Interesse der Dörfer der EGem sein kann. Wenn ich sehe, Steffen Kunert, dort Lüderitz, Hüselitz. Wir haben schon 50 Windräder in der Größenordnung, die woanders nicht stehen und wenn da jetzt noch welche hinzu kommen, durch die Regionalversammlung. Dann muss ich hier ganz ehrlich sagen, dann möchte ich die ganze Versammlung mal zu uns holen, wenn wir abends unsere Ruhe haben wollen, wie sich das optisch und akustisch auswirkt. Wir haben schon eine 1.000 m Abstandsregelung, weil die Gesellschaft FEFA so großzügig war. Diese 1.000 m Abstandsregelung, bei diesen großen Windanlagen, die bei uns stehen, ist wirklich noch zu wenig. Die Akustik wird aufgeheizt, durch Masse, durch Schwingungen und noch mehr ist bei uns nicht erträglich. Also Herr Brohm, ich sag ganz offen, setzen Sie jetzt den Beschluss um, den der SR bereits beschlossen hat, im vorigen Jahr, FN-Plan. Er hat gesagt, haben wir keinen FN-Plan, kann die Regionalversammlung machen was sie will mit uns. Und wissen Sie, was ich noch schlimm finde? Nächstes Jahr sind Kommunalwahlen. Der Kreistag wird neu gewählt. Die Städte und Gemeinden werden neu gewählt. Keiner von denen hat irgendein Interesse, genau in den ersten Abstimmungsphasen sich zu engagieren. Die haben alle nur wahrscheinlich mit ihren Wahlmandaten zu tun und dann geht die Sache schief. Dann wird etwas festgelegt, was einfach nicht im Interesse sein kann. Ich muss ganz ehrlich sagen, wenn die nicht an irgendetwas gebunden sind wie ausgeführt wurde, denn entsteht aus meiner Sicht eine grüne Diktatur. Leute, es kann doch nicht sein. In der Regionalversammlung sitzen Leute, die kommen nicht aus meiner Region, außer Herr Brohm. Der wird dann überstimmt. Richtig? Die Mehrheiten entscheiden doch. Das kann doch nicht im Sinne der Bürgerinnen, der Bürger, und der Steuerzahler sein, dass man so behandelt wird. Wirklich. Es wird von oben festgelegt, wo die untere Beteiligung nicht gegeben ist. Das kann nicht mehr kommunale Selbstverwaltung sein. Das ist nicht mehr in Ordnung und ich kann nur sagen, Herr Brohm, wenn wir keinen FN-Plan hinbekommen, werden wir hier wirklich Schiffbruch erleiden. Ich fordere Sie hiermit auf, den SR-Beschluss umzusetzen!“

Herr Jagolski stellt den *Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste und im Namen seiner Fraktion, fordert er den SR-Vorsitzenden auf, Herrn Kunert zu bitten, ob Herr Kunert sich nach der Sommerpause für uns Zeit nehmen würde.*

Herr Jacob antwortet, dass er auf jeden Fall nach der Sommerpause, zusammen mit Herrn Kunert und mit dem BM, einen Termin suchen wird.

Herr Jacob bittet um Abstimmung *des Geschäftsordnungsantrages, Ende der Rednerliste.*

Abstimmung Antrag: 20x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung => zugestimmt

Herr Jacob bedankt sich bei Herrn Kunert für seine Ausführungen und merkt an, wir suchen gemeinsam einen Termin. **Herr Kunert** bedankt sich auch und sagt, er kommt gern wieder.

**TOP 8: überplanmäßige Ausgabe - Dienstleistungsvertrag Tierpflege Wildpark Weißewarte
Vorlage: BV 1040/2023**

Frau Braun verlässt den Sitzungssaal.

Herr Brohm informiert mit Hinblick auf die Pflichten der EGem als Tierhalter über seinen Widerspruch zu dieser und zur nächsten BV und weist darauf hin, dass der SR sich seiner Verantwortung nicht entziehen könne.

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 1040/2023.

Der Stadtrat der EGem Stadt Tangerhütte beschließt zur Abwicklung der Anlage Wildpark Weißewarte überplanmäßige Ausgaben für Dienstleistungen Tierpflege in Höhe von 41.000 €.

Abstimmungsergebnis: 5x Ja, 9x Nein, 5x Enthaltung => abgelehnt

Die Abstimmung erfolgte ohne Frau Braun.

TOP 9: überplanmäßige Ausgabe - Tierabgabe Wildpark Weißewarte - Vorlage: BV 1041/2023

Herr Jacob informiert, hier habe Herr Brohm aus demselben Grund einen Widerspruch eingelegt.

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 1041/2023.

Der Stadtrat der EGem Stadt Tangerhütte beschließt außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 48.000€.

Abstimmungsergebnis: 4x Ja, 10x Nein, 5x Enthaltung => abgelehnt

Die Abstimmung erfolgte ohne Frau Braun.

TOP 10: Bekanntgabe Ergebnis der Bürgerbefragung nach § 28 Abs. 3 KVG LSA in der Ortschaft Schönwalde (Altmark) zum Vorhaben Errichtung einer Photovoltaikanlage in dieser Gemarkung - Vorlage: MV 1050/2023

Herr Brohm informiert über die Abstimmung in Schönwalde. Diese ergaben 42 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen. Insofern sei das Ergebnis, dem Vorhaben zuzustimmen.

Herr Jacob sagt, hier stehen 0 ungültige Stimmen. Ist das korrekt?

Herr Brohm antwortet mit Ja und sagt, es waren 4 Wahlscheine ungültig.

TOP 11: Antrag auf Aufstellung vorzeitiger vorhabenbezogener Bebauungsplan "Sondergebiet PV Freiflächenanlage Schönwalde" - Vorlage: BV 1011/2023

Herr Allmrodt meldet seine Befangenheit an.

Herr Nastke fragt sich, ob er dies richtig verstanden habe, dass der SR im guten Glauben ist, dass die Bürger Solar akzeptieren? Der SR beschließt im Laufe des nächsten Jahres diverse Solaranlagen und pflastern unseren Landkreis damit voll. Wenn wir damit fertig sind, komme die Windkraft und pflastere den Rest des Landkreises voll.

Herr Brohm antwortet, dass was der SR jetzt beschließen soll, sei dass, was der SR gefordert habe. Der SR wollte ein Votum der Ortschaft und die Ortschaft habe mehrheitlich entschieden, dass sie dieses Projekt wollen. Zur Windkraft sagt er, hier gebe es eine gesetzliche Festlegung und zwar müsse man Flächen ausweisen. Dies wurde beim Vortrag von Herrn Kunert deutlich. Aktuell entscheiden wir im guten Miteinander mit den Projektträgern und den örtlich Betroffenen die PV. Bei Wind habe der SR gerade im TOP 7 erfahren, wie der Planungsprozess ist. Bis das umgesetzt wird, werde noch viel Zeit vergehen. Schlussendlich müssen wir definieren, was unsere Bedingungen sind. Andere können es nicht.

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 1011/2023.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt die Aufstellung des o. a. vorzeitigen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gemäß § 2 Abs.1 BauGB.

Das Plangebiet umfasst in der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte, Gemarkung Schönwalde, Flur 1, die in der Anlage „Antrag“ aufgeführten Flurstücke.

Planungsziel ist die Festsetzung eines Sondergebietes für erneuerbare Energien gemäß § 11 Abs.2 BauNVO mit einer Größe von ca. 69 ha.

Ein städtebaulicher Vertrag (Durchführungsvertrag) gemäß §12 BauGB und bei Notwendigkeit eine Erschließungsvereinbarung ist zwischen der Einheitsgemeinde und dem Vorhabenträger zu schließen.

Die Erarbeitung des Bebauungsplanes sowie alle in diesem Zusammenhang anfallende Planung, Erschließungs- und Verfahrenskosten gehen zu Lasten des Vorhabenträgers.

Der Beschluss über die Aufstellung des o. a. Bebauungsplanes ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Bemerkung: Auf Grund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes – KVG LSA war(en) kein/... Mitglied(er) des Stadtrates von der Abstimmung ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis: 14x Ja, 3x Nein, 2x Enthaltung => beschlossen

Herr Allmrodt hat wegen Befangenheit nicht mit abgestimmt.

TOP 12: Antrag auf Aufstellung vorzeitiger vorhabenbezogener Bebauungsplan Bürgersolarpark Windberge - Vorlage: BV 1036/2023

Dieser TOP wurde im TOP 2 von der TO genommen.

TOP 13: Antrag Fraktion UWGSA - Grundsatzbeschluss zum Erhalt der Industriehallen der Ortschaft Tangerhütte - Vorlage: BV 1042/2023

Herr Dr. Dreihaupt, Vorsitzender der UWGSA, gibt zum Antrag der UWGSA einige Informationen.

Herr Jagolski erwähnt, dass die Ortschaft Tangerhütte dieser BV zugestimmt habe.

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 1042/2023.

Auf Antrag der Fraktion UWGSA beschließt der Stadtrat einen Grundsatzbeschluss zum Erhalt der europaweit einmaligen Industriehallen der Ortschaft Tangerhütte.

Abstimmungsergebnis: 18x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung => beschlossen

Die Abstimmung erfolgte ohne Frau Braun.

TOP 14: Antrag Fraktion WG Zukunft und SPD - Änderung der Sondernutzungssatzung in § 3 Abs. 4 - Vorlage: BV 1043/2023

Frau Kalkofen ist der Meinung, dass man diesen Antrag aus mehreren Gründen nicht zustimmen könne. Erstens, wer stellt Fahrradständer, Werbeträger oder Schilder auf und zwar die Leute, die in der Gemeinde noch etwas tun. Diese Leute machen Werbung, um Außenstehende auf sich aufmerksam zu machen, weil sie davon leben müssen. Sie glaube nicht, dass man in unserer EGem ein Schildermeer habe. Zweitens, wäre dies eine Ungleichbehandlung, denn der nicht zufällig diese Fläche zur Verfügung habe, könnte nicht kostenfrei Werbeträger aufstellen. Für ihr sei das keine Wirtschaftsförderung, sondern eine Verhinderung. Drittens, wer soll das kontrollieren? Hier wird die Verwaltung wieder beauftragt, Zeit und Geld zu investieren, um das umzusetzen und zu kontrollieren.

Frau Braun stimmt den Ausführungen von Frau Kalkofen zu. Die Stadt Tangerhütte hatte schon immer eine Sondernutzungssatzung. Die Dörfer hatten keine. Durch die EGem-Bildung habe man die Satzungen vereinheitlicht, d.h., diese gilt auch für die Dörfer. Wenn man z.B. ein Gerüst vor seinem Haus aufstellt, müsse der jeweilige Bürger dafür zahlen. Sie müsse auch sagen, eine Stadt mit Geschäften links und rechts und ein Dorf ohne Geschäfte bedeutet ein himmelweiter Unterschied. Wenn man zum Imker oder zum Fleischer oder Wildfleischer usw. fahren möchte, benötige man Hinweisschilder. Ansonsten finde man diese Leute nicht. Das Kleingewerbe habe es schon schwer genug und der SR sollte dieses unterstützen, anstatt Kasse machen zu wollen. Deshalb sei sie auch der Meinung, diesen Antrag zurückzuweisen.

Herr D. Wegener sagt zu den beiden Vorrednerinnen, dass sie sich anschauen sollten, was man für Sondernutzungssatzungen habe, was sie in der Vergangenheit beschlossen haben und was für eine Vorlage heute hier vorliege. Die derzeitige Sondernutzungssatzung sage aus, dass bezahlt werden muss, sobald ein Werbeträger oder ein Fahrradständer aufgestellt wird. D.h., alle müssten bezahlen. Seine Fraktion fordert jetzt einen Freibord und d.h., eine Entlastung der Geschäftsleute, wenn der Gehweg breit genug ist, auch in den Ortschaften. Dann könnte das Freibord genutzt werden, um kostenlos Aufsteller und Fahrradständer hinzustellen. Darum geht es hier. Vielleicht wurde dies in den Dörfern nicht so umgesetzt wie in der Stadt Tangerhütte. Man wolle kein Geld von den Bürgern, sondern einen Freibord und damit eine Entschädigung der Unternehmer.

Herr Jagolski pflichtet Herrn D. Wegener bei und sagt, diese Sondernutzung wurde schon beschlossen. Die Fraktionen SPD und die WG Zukunft wollen nur eine redaktionelle Ergänzung, weil das Ordnungsamt dies unterschiedlich ausgelegt habe. Der SR habe immer gesagt, 1 m Freibord. Hier sei man immer davon ausgegangen, 1 m vom Gebäude. Wenn man das jetzt so machen sollte wie Frau Braun das möchte, dann müsste die komplette Sondernutzungssatzung geändert werden. Hier gehe es nur noch um eine Konkretisierung. Ansonsten bleibt die Satzung wie sie ist.

Frau Braun habe das wohl verstanden. Für die Stadt sei das auch gut gemeint aber sie sei generell gegen diese Sondernutzungssatzung. Ihr wäre am Liebsten, die ganze Satzung aufzuheben. Damals habe man nicht gewusst wie es in der Realität aussehe. Diese sehe ganz anders aus. Auf den Dörfern könne man die Grundstücksgrenze von 1 m nicht umsetzen.

Herr Jagolski merkt an, dann soll Frau Braun einen Antrag zur Überarbeitung der Satzung stellen.

Herr Bartoschewski findet es sehr positiv, dass dadurch Gewerbetreibende entlastet werden. Wenn die Definition Freibord per se auch gesetzlich heißt, dass nicht dafür bezahlt werden muss, müsse er keine Frage stellen. Ist das aber nicht der Fall, müsste man auch den § 8 anfassen und zudem auch noch die Sondergebührensatzung. Sofern dies beschlossen wird, müsste dem Bürger klar vermittelt werden, dass dieser, wenn er den Freibord nutzt, kein Geld zu bezahlen hat. Das sei per se die Definition Freibord?

Herr Jacob stimmt der Definition zu.

Herr Brohm pflichtet dem auch bei. Aktuell zahlt niemand für den Freibord. Mit dem Antrag schlage man eine Dezimierung vor. Er habe in der HA-Sitzung Herrn Jagolski gefragt, wollt ihr, dass am Fahrradweg nichts mehr steht? Das würde bedeuten, dass in den Dörfern auf öffentlichen Grünflächen die Schilder (Verkauf von Eiern usw.) nicht mehr stehen dürfen, weil diese nicht vom Freibord erfasst werden. Warum wolle man das so regeln? Immerhin sei das eine Einschränkung, weil man das, was die Händler rausstellen, damit minimiere. Dabei sei man froh, wenn jeder noch bereit ist, etwas rauszustellen.

Herr Bartoschewski meint, dann müsste man generell nochmal über die Satzung sprechen. Der Antrag sei auf die Ortslage/Innenstadt Tangerhütte gemünzt. Im dörflichen Bereich habe man manchmal nur 1.20 m Gehwege. Da treffe dies nicht zu und wenn die Werbeaufsteller davor auf dem Grünstreifen stehen, das im Rahmen der Dorferneuerung so umgebaut wurde (Grünstreifen zwischen Fahr- und Gehweg), müsste man dies festhalten. Dies könne man nicht klar und deutlich für eine Partei für das ganze Gebiet abgrenzen.

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 1043/2023.

Auf Antrag der Fraktion UWGSA und SPD beschließt der Stadtrat die 2. Änderung der Satzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen (Sondernutzungssatzung) in § 3 Abs. 4 – sog. Freibordregelung.

Abstimmungsergebnis: 3x Ja, 12x Nein, 5x Enthaltung => abgelehnt

TOP 15: Antrag der Ortschaft Lüderitz - Austritt der Ortschaft Lüderitz mit seinen Ortsteilen aus der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte - Vorlage: BV 1046/2023

Frau Braun berichtet, dass der Ortschaftsrat Lüderitz am 26.04.2023 einstimmig den Austritt aus der EGem Stadt Tangerhütte beschlossen habe, aufgrund der Tatsache des Entwurfs des HH (Haushalt) und des HKK (Haushaltskonsolidierungskonzept) bis 2027. Die Ortschaft Lüderitz findet sich in keinsten Weise in diesen Unterlagen wieder. Lüderitz sei ein zentraler Ort, auch für das Umfeld, aber sei eindeutig benachteiligt. Lüderitz habe zwar 13 Brandschutzmaßnahmen in der Schule durchgeführt aber, wenn man das Verhältnis sehe, was Lüderitz finanziell in die EGem rein gibt und was Lüderitz in den letzten 10 Jahren zurückbekommen habe, ist das nicht verhältnismäßig. Der Knackpunkt war, dass Lüderitz am 14.12.2022 nun endlich den Erweiterungsbau der Kita Der Bedarf sei eindeutig vorhanden, denn man musste schon eine ältere Kita-Gruppe in das Schulgebäude auslagern. Sie sehe nicht ein, dass die Kinder aus dem Raum Lüderitz 15 km nach Tangerhütte fahren sollen, weil dort die Einrichtungen umfassend saniert wurden. Das sei nicht Sinn und Zweck des Kita-Gesetzes und auch nicht der Anspruch, den der Ortschaftsrat Lüderitz habe. Lüderitz bedient das Umfeld nicht nur mit Kita und Schule, sondern auch vereinsmäßig mit. Man lege auch sehr viel Wert darauf, dass Lüderitz eine junge und wachsende und moderne Gemeinde bleibe.

Herr Graubner seine Fraktion verstehe, was Lüderitz bewegt aber die Ursachen liegen weniger in einem nicht wollen, sondern in einem nicht können. D.h., in einer völlig unzureichenden finanziellen Ausstattung der Kommunen. Bei unserem HKK bis 2027 findet sich viele Ortsteile nicht wieder. Man verstehe das Anliegen aber wenn man dem nachgebe, öffne man das Tor zum Untergang. Seine Fraktion bittet inständig, dass die Ortschaft Lüderitz mit seinen Ortsteilen in der EGem Stadt Tangerhütte bleibe. Der SR müsse lernen, nicht nur die großen, sondern sämtliche Ortschaften zu bedenken und zu gewichten. Bei allem Verständnis könne seine Fraktion Lüderitz nicht gehen lassen.

Frau Platte gibt Herrn Graubner Recht, denn vom Grundsatz her seien alle Ortschaften betroffen. Sie verweist nochmal darauf, dass unsere EGem ein IGEK (integriertes gemeindliches Entwick-

lungskonzept) benötige, in dem Dinge festgeschrieben werden könnten. Viele Gemeinden haben das IGEK. Unsere EGem nicht, weil auf diese Art und Weise die Verwaltung nach Gutsherrenart arbeiten könne. Der wirkliche Grund sei die chronische Unterfinanzierung durch das Land. Das mit den Personalkosten sei für ihr ein Schlag ins Gesicht für jede Gemeinde, denn das könne sich kaum eine Gemeinde leisten.

Herr Jacob übergibt den Vorsitz an Frau Braun, um auch etwas dazu sagen zu können. Er glaube, dass wir als SR gut daran täten, wenn wir verabreden wie wir in Zukunft so etwas vermeiden können. Die Finanzdecke, die wir haben, ist viel zu klein und wenn ein starker Partner die Decke zu sich hinzieht, dann fehlt es woanders. D.h., wenn wir uns gegenseitig vorwerfen, wir kriegen zu wenig, die anderen kriegen zu viel, lösen wir keine Probleme. Den Vorschlag mit IGEK oder F-Plan (Flächennutzungsplan) usw. findet er richtig, denn der SR sollte Instrumente nutzen, die uns in die Lage versetzen, so etwas gerecht miteinander zu besprechen. In der Bundespolitik gibt es den Königsteiner Schlüssel. D.h., alle Länder, die sich im Bund zusammengeschlossen haben, haben aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke und Einwohner einen bestimmten Anteil zu leisten und zu bekommen. Wenn es uns hier im SR gelingen würde, untereinander so ein System für uns zu installieren und dann alle OBM (Ortsbürgermeister) und Fraktionsvorsitzenden bei wichtigen Entscheidungen vorher an diesen Entscheidungen teilnehmen zu lassen, glaube er, wäre es vernünftiger, diese Probleme miteinander zu besprechen, anstatt jemanden aus unserem Kreis zu entlassen. Wenn Lüderitz woanders hingehet, gebe es auch nicht mehr Geld, d.h., die Probleme müssen auch dort gelöst werden. Geld könne man nicht drucken. Man könne nur versuchen, aufgrund einer Basis, sich untereinander zu verständigen, wie das Geld aufgeteilt wird. Dazu rufe er auf. Deswegen sei er nicht dafür, die Ortschaft Lüderitz aus der EGem zu entlassen.

Herr Jacob übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Herr Sprunk sagt, die Verwaltung habe in der letzten SR-Sitzung wunderbar die Gesetzmäßigkeit des KVG LSA ausgearbeitet, dass die EGem mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet ist. Er könne den BM nur nochmal darum bitten und auffordern, dass er mit Nachdruck dafür sorgt, dass unsere EGem mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet wird. Immerhin stehe das im KVG LSA.

Frau Braun merkt an, es sei alles schön und wunderbar, was eben gesagt wurde aber sie erinnert daran, alles was sie vorgetragen habe, was bis 2027 nicht passiert, sei Beschlusslage des SR und das sei das große Problem. Lüderitz habe sich hinten angestellt. Im Jahr 2022 habe der SR mehrere Beschlüsse gefasst, Lüderitz habe Grundstücke sowie Gebäude verkauft und das Geld sei alles in die EGem geflossen aber es komme nichts zurück. Es wird kein Beschluss umgesetzt. Sie sehe keine Zukunft, wenn sie mühselig Verteilungskämpfe hier führe und Mehrheiten bei den Abstimmungen der Beschlüsse bekomme aber dann heißt es, April, April, es wird nicht umgesetzt. Frau Braun nennt einige Beispiele, wo man die Beschlüsse nicht umgesetzt habe und sagt, Beschlüsse sind umzusetzen.

Herr D. Wegener sagt zu Frau Braun, dass er sich den anderen Vorrednern anschließen müsse. Er verstehe Sie aber in den anderen Ortsteilen sei es nicht anders. Auch denen gehe es finanziell nicht gut. Er persönlich lehne es auch ab, dass Lüderitz austritt.

Herr Jagolski stellt den *Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste*.

Abstimmung Antrag: 17x Ja, 3x Nein, 0x Enthaltung => zugestimmt

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 1046/2023.

Die Ortsbürgermeisterin der Ortschaft Lüderitz beantragt auf Beschluss des Ortschaftsrates aus der Sitzung vom 26.04.2023 gemäß § 85 Abs. 4 S. 2, 3 KVG LSA, der Stadtrat möge den Austritt der Ortschaft Lüderitz und seiner Ortsteile (Groß-Schwarzlosen, Stegelitz) aus der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließen.

Abstimmungsergebnis: 5x Ja, 13x Nein, 2x Enthaltung => abgelehnt

TOP 16: Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Herr Graubner sagt, man habe im SR mühsam um den HH gerungen. Trotz Schwierigkeiten und Bauschmerzen habe es eine deutliche Mehrheit gegeben. Deswegen verstehe er das Interview in der Volksstimme überhaupt nicht, dass erstaunlicher Weise nur mit dem BM geführt wurde, nicht mit dem SR. In dem Interview kam die Aussage Richtung WG Zukunft, mit der höheren Ausstattung an Spielgeräten für die Kitas und zwar, dass Spielgeräte nur politisch gewollt seien. Diese Aussage findet Herr Graubner absolut daneben. Die höhere Ausstattung für Kitas habe das SR-Mitglied Herr Nagler beantragt. Herr Nagler habe selber Kinder und sei seit vielen Jahren im Kuratorium tätig. Er

könne sich nicht vorstellen, dass ein Vater und ein sehr bewusstes SR-Mitglied Anträge aus Jux und Dallerei stellt.

Herr S. Wegener erinnert an das Gespräch über die Parkplätze Norma und Herr Brohm habe in einer SR-Sitzung versprochen, dass man bei Norma den ganzen Tag parken dürfe. Die Realität habe Herrn Brohm eingeholt. Mittlerweile stehen dort Schilder, dass man dort nur noch 45 Minuten parken darf, sogar am Behindertenparkplatz. Er fühlt sich von Herrn Brohm betrogen, denn dieser habe auch gesagt, es werden nicht weniger Parkplätze geben und sogar behauptet, es werden mehr Parkplätze geben und zwar 160. Dabei gibt es jetzt weniger Parkplätze.

Herr Brohm ordnet die Feststellung von Herrn S. Wegener ein. Er habe gesagt, dort gibt es mehr Parkplätze aber er könne nicht über die Norma-Parkplätze bestimmen. Wenn Norma eine Zeitbegrenzung festlegt, sei das das gute Recht von Norma. Man habe damals davon gesprochen, wenn man auf den Bahnhof-Parkplatz fährt, ist die erste Parkmöglichkeit auf der linken Seite weiterhin kommunaler Parkplatz. Jetzt müsse man schauen wie die Kunden abstimmen, denn wer dort parken will, wird sich nicht darum scheren, welcher Parkplatz wem gehöre. Man muss auch schauen, wie dann das Verkehrsaufkommen ist. Wie Herr S. Wegener die Aussage von ihm hier wieder gibt, so habe er sich nicht geäußert.

Herr S. Wegener merkt an, diese Aussage könne man sich im Protokoll anschauen und die Presse habe diese Aussage auch genauso, wie er gesagt habe.

Herr S. Wegener spricht jetzt den Holztransport in der Ortschaft Schernebeck an, den er schon des Öfteren angesprochen habe. Bis jetzt habe sich dort bis auf einem Schild, das dort Großfahrzeuge nicht durchfahren dürfen, nichts getan. Es erfolgte noch keine Kontrolle. Die Holztransportfahrer scheren sich nicht die Bohne, um das Schild. Vor ca. 14 Tagen sei der erste Gully kaputt gegangen und dieser Schaden sei nach Aussagen der Anwohner auf diese Schwertransporte zurückzuführen. Er glaube, dass das wieder Gemeindekosten waren, denn er glaube nicht, dass das die Firma aus Uelzen bezahlt hat. Die Firma Koch sei dort federführend und autofahrend.

Als nächstes spricht **Herr S. Wegener** das Thema DNSNET an. Herr Lange war am 31.05.2023 in der SR-Sitzung und habe das Thema gut ausgeführt und viel Kritik aushalten müssen. Herr Lange habe Herrn S. Wegener seine Mail-Adresse gegeben, damit er bei Nachfragen, diese gleich an ihn stellen kann, was er auch getan habe. Auch hier habe er bis heute keine Antwort erhalten. Er habe auch mit DNSNET telefoniert und wollte die Aussage von dort schriftlich haben, was DNSNET verneint habe. Genauso handeln die. DNSNET halte sich an keine Absprachen. Herr Brohm habe in der SR-Sitzung am 19.04.2023 versprochen, dass er dort nachhaken werde. Heute ist der 21.06.2023 und Herr Brohm habe es bis jetzt nicht geschafft. Herr Meier, Geschäftsführer des Zweckverbandes Breitband Altmark, fehlt heute auch wieder. Herr Meier habe auch in der SR-Sitzung am 31.05.2023 gefehlt.

Herr Brohm antwortet, Herr Meier wurde eingeladen. Dieser musste aus persönlichen Gründen absagen aber Herr Meier habe in der gleichen Mail informiert, dass er zu einem anderen Zeitpunkt zur Verfügung stehen wird. Herr Jacob kennt die schriftliche Antwort von Herrn Meier, denn die Mail ging an ihm und an Herrn Jacob. Die nächste Möglichkeit Herrn Meier einzuladen, wäre der 06.09.2023. Falls der SR eine extra SR-Sitzung wünsche, könne der SR-Vorsitzende im Einvernehmen mit dem BM eine Sonder-SR-Sitzung anberaumen und Herrn Meier dazu einladen.

Zum Schreiben an DNSNET sagt **Herr Brohm**, er habe Herrn Lange geschrieben. DNSNET kenne ihre Problematik. Es ist in der SR-Sitzung deutlich geworden, dass DNSNET mit dem Aufwuchs an neuer Kundschaft seine Herausforderung habe. Das Schreiben an Herrn Lange wird er in die Freitagsinfo geben.

Herr Jacob erinnert daran, dass man sich schonmal darüber verständigt habe, wenn es eine Anfrage von einem SR gibt, diese bitte dem SR beantworten und nicht in die Freitagsinfo zu geben.

Herr Jagolski fragt, wenn Herr Meier zu heute abgesagt hat, habe man Herrn Meier gleich den nächsten Termin vorgegeben?

Herr Brohm merkt an, Herr Meier kennt den Termin am 06.09.2023.

Herr Jagolski bittet den SR-Vorsitzenden, sollte Herr Meier am 06.09.2023 nicht an der SR-Sitzung teilnehmen können, darüber nachzudenken, vielleicht doch eine Sonder-SR-Sitzung einzuberufen, denn September sei schon die äußerste Grenze.

Herr Jagolski möchte wissen, was nach dem abgerissenen Rossmann-Gebäude mit der Fassade des Blocks der SWG vorgesehen ist.

Herr Brohm legt dar, die SWG sei die Tochter der EGem und dass sei eine individuelle Frage, die die SWG für ihr Objekt beantworten müsse. Der Geschäftsführer, Herr Wetzig, habe dafür einen Vorschlag gemacht, damit es demnächst hübscher aussehen wird.

Herr Jagolski kenne diese Diskussion von Beginn an. Herr Wetzig sei davon ausgegangen, dass das Norma mit übernehme. Normalerweise vereinbare man so etwas vorher. Er wisse, dass sei hier nicht der Fall gewesen. Er habe mit Herrn Wetzig gesprochen. Letztendlich werde das die SWG von ihren Kosten verschönern, womit man mindestens drei Wohnungen hätte sanieren können. Warum regelt man so etwas nicht im Vorfeld?

Herr Brohm findet, die Thematik sei vorher allen bewusst gewesen. Die Regelungshoheit liege nicht bei der EGem, weil es nicht die Hoheit des SR'es und auch nicht seine sei, über ein Gebäude der SWG zu beschließen. Diese Thematik sei zu keinen Zeitpunkt Thema im Aufsichtsrat gewesen, noch wurde es in dieser Weise, wie es Herr Jagolski vortrage, als Problem auf der letzten Aufsichtsratssitzung thematisiert, sondern man sei mit einer Lösung um die Ecke gekommen. Für ihm stellt sich die Sachlage anders da, als Herr Jagolski diese hier schildert.

Herr D. Wegener nimmt wie Herr Graubner Stellung zum Zeitungsartikel zum HH. So etwas passiere, wenn die Presse nicht persönlich vor Ort (in SR-Sitzung) anwesend ist, sondern sich hinterher ins Büro setzt und mit einzelnen Leuten bespreche, was geschrieben werden soll. Es ist immer besser, wenn es um den HH gehe, persönlich anwesend zu sein. Er erklärt, warum der Spielbedarf erhöht werden soll. Zwei seiner Söhne seien bereits in der Schule. Er habe aber noch viele Zeichnungen, die diese aus dem Kindergarten mitgebracht haben. Die Zeichnungen sind auf altem Faxpapier, teilweise auch von Firmen aus Tangerhütte, mit ihren Logos drauf. Das hänge damit zusammen, dass für Spiel- und Beschäftigungsbedarf nicht genug Geld vorhanden ist. Ganz egal, in welche Einrichtung man geht, überall stehen Spendendosen. Vor Jahren habe man schon beschlossen, 10.000 € für Spielgeräte in den Kitas einzustellen. Es gibt Dinge, die werden in der Verwaltung nicht genügend beachtet und umgesetzt. Sicherlich fehlt das Geld aber zu sagen, dass sei ein Prestige-Ding oder man wollte sich nur wichtig tun, sei nicht korrekt. Die Vorstellung der beiden BM-Kandidaten stehe noch im Internet, auf der Home-Page der Stadt. Vielleicht sollte man sich diese nochmal anschauen.

Herr Brohm informiert, das Pressegespräch habe Herr Jacob und er mit der Volksstimme und mit der Altmark-Zeitung zusammen geführt. Insofern könne er das Gesagte von Herrn Graubner und von Herrn D. Wegener nicht teilen. Gleichzeitig möchte er anmerken, dass er ein Recht auf eine eigene Meinung habe. Er berichtet, was ihm an der Sitzung gestört habe.

Herr Jacob fand im Pressegespräch diesen Punkt auch als unklug und stimmt mit der Meinung von Herrn Brohm nicht überein. Er könne bestätigen, dass die Presse so geschrieben habe wie berichtet wurde. Nach dem Pressegespräch habe die Presse angeregt, dass es schön wäre, wenn man nicht nur eine Meinung, sondern diesbezüglich mehrere hören könnte. Deshalb habe er den Vorschlag gemacht, nach einem Beschluss des HH, den BM und die Fraktionsvorsitzenden zu befragen. Dann könne man eine Meinungsvielfalt, wenn es Unterschiede gibt, klar äußern. Das muss aber der BM wollen, denn der BM habe das Recht, über und von der EGem zu berichten. Er selbst würde das empfehlen, denn Kompromisse leben davon, dass man sich aufeinander verlassen könne und nicht hinterher die Siegerpose einnehme.

Herr Maatz berichtet, dass die Norma-Parkplätze in 14 Parktaschen aufgeteilt sind. Ihm sei aufgefallen, dass die erste Tasche die Stadttasche sei und dort stehe kein Schild mit einer Minutenbegrenzung.

Frau Platte nimmt für sich in Anspruch, dass sie vor dem Norma-Bau darauf aufmerksam gemacht habe, dass man die vorhandene Anzahl von Parkplätzen sichern müsse. Zum Gesagten zur Fassade beim abgerissenen Rossmann-Gebäude sagt sie, die SWG sei eine Tochter der EGem und Herr Brohm sei dafür zuständig und verantwortlich. Das hätte man im Vertrag mit vereinbaren müssen. Aus ihrer Sicht habe sich Herr Brohm auch fälschlicherweise aus dem Wildpark rausgezogen.

Zum DNSNET sagt **Frau Platte**, der Zweckverband habe die DNSNET beauftragt. Wer hat die DNSNET kontrolliert? Die ausländischen Arbeiter vom Zweckverband, die im Moment in Grieben arbeiten, bemühen sich aber haben keine Pläne und müssen dadurch immer wieder eine Suchschachtung durchführen. Dafür sei erstens der Zweckverband und zweitens ROBA-Bau, die vom DNSNET den Auftrag erhalten haben, Schuld.

Herr Graubner informiert die Räte, wer berechtigt ist, auf Behindertenparkplätze zu parken. Der europäische Sonderausweis für Behinderte sagt, Höchstzeit 24 Stunden. Dort steht auch, auf Privatgelände wie z.B. bei Supermärkten sind abweichende Regelungen zulässig. Das widerspricht sich, denn wer so einen Ausweis hat, habe eine außergewöhnliche Gehbehinderung. Er bittet, um Vermittlung eines Gespräches mit Frau Gores, damit man hier, bevor Schäden und Ausgrenzungen von Kunden entstehen, diesen Missstand gemeinsam regelt. Gut gemeint ist nicht gut gemacht.

D.h., man müsse bei den Behindertenparkplätze unbedingt von den 45 Minuten runter, denn das funktioniere nicht.

Frau Braun habe für ihren Mann auch diese Bescheinigung. Ihr Mann darf mit seinem Auto sogar mindestens 3 Stunden im Halte- und Parkverbot stehen. D.h., Norma habe kein Recht, dieses vom Straßenverkehrsamt bescheinigte Recht für Rollstuhlfahrer mit einer außergewöhnlichen Gehbehinderung und Hilfebedürftige eine Minutenbegrenzung anzugeben. Für den ruhigen Verkehr sei das Ordnungsamt zuständig. Wenn es ein Privatgelände ist, muss das Ordnungsamt dies beim Straßenverkehrsamt anzeigen, damit sich das Straßenverkehrsamt um diese Dinge kümmert.

Frau Braun spricht wie in der letzten Sitzung, den Waldweg von Groß Schwarzlosen in Richtung Stegelitz sowie den Fahrradweg (Altmarkrundkurs) an, die durch die Forst schon seit 1 Jahr verdreckt sind. Sie möchte wissen, ist der Fahrradweg (Altmarkrundkurs) inzwischen beschnitten und sauber gemacht worden und hat man den Waldweg endlich vom Dreck bereinigt? Als nächstes fragt sie Herrn Brohm, was haben sie hinsichtlich des Fahrradrundkurses von Lüderitz, Schleuß bis Brunkau unternommen? Das sei die Geschichte, die mit der A14 ausgehandelt wurde, weil dieser auch der offizielle Fahrradweg nach Windberge und gleichzeitig der Altmarkrundkurs sei. Dies habe man in einer Stellungnahme des Landkreises zur A14 festgehalten. Wie ist der Stand und was wurde unternommen? Frau Braun möchte ihre Frage und die Antwort ins Protokoll?

Herr Brohm antwortet, Frau Braun kennt den Stand mit den Fahrradwegen. Man war gemeinsam mit der Autobahn vor Ort und habe dies dort geklärt. Einen neuen Stand könne er nicht sagen. Dadurch, dass die Radfahrer an der Tankstelle nicht durchkommen, benutzen diese den Weg, der an dem neuen Fw-Gerätehaus entlang führt. In diesem Verfahren, wenn der straßenbegleitenden Radweg in Richtung Windberge gemacht wird, hat die LSBB (Landesstraßenbaubehörde S-A) signalisiert, dass man dann eine Lösung findet.

Frau Braun wendet ein, dass die LSBB gar nicht dabei gewesen sei, sondern die Autobahn A14. Als man mit der LSBB dort gewesen sei, ging es um die Begrenzung und um die Sicherungsmaßnahmen, die nachträglich nachgerüstet werden sollen.

Herr Nastke verlässt 21:31 Uhr die Sitzung.

Lt. **Herrn Brohm** wurde an diesem Tag genau diese Thematik besprochen. Zum verdreckten Weg sagt Herr Brohm, habe man mit den Bürgern, die ihren Unmut geäußert hatten, eine Ortsbegehung gemacht und sich mit der Forst zusammengesetzt. Man müsse in der Komplexität dieser Waldflächen nachvollziehen, dass es dort verschiedene Verursacher gebe. Es ist auch Privatwald mit dabei. Letztendlich sei dort viel Schadwald drin. Trocken wird der Wald auch und der Sturm vom Februar 2022 spielt auch eine Rolle. Aktueller Stand ist, dass der Weg mit einer Kehrmaschine gesäubert wurde. Grundsätzlich möchte die Forstbetriebsgemeinschaft Fördermittel in Anspruch nehmen, um für den Weg noch ein bisschen mehr zu machen. Man sei in guten Gesprächen. Gleichzeitig sagt man aber auch, man müsse Verständnis haben, dass es Zeiten gibt, wo der Weg in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, z.B., wenn man dort viel Holz rausholt. Wir haben vereinbart, dass man uns (Verwaltung EGem) parallel informiert, so dass auch der unkundige Radfahrer dort Bescheid weiß, dass er dann evtl. die Strecke meiden sollte.

Frau Braun findet die Antwort von Herrn Brohm nicht tragbar. Dieser Zustand sei 2 Jahre alt. Natürlich wisse man, dass man dort nicht jeden Tag aufräumen kann aber wenn die Borke einige Zentimeter hoch ist, dann weiß man, dass das über zig Monate so ist. Herr Nagel habe ihr erzählt, früher sei es so gewesen, jeder, der dort tätig war, danach mit dem Schieber langgegangen sei und das Grobe weggeschoben habe, damit der Weg wieder befahrbar ist. In unserer EGem müsse jeder seine Straße säubern. Das Gleiche gilt für die Forstbetriebsgemeinschaft und für die Firmen. Sie habe darum gebeten, dass sie bei der nächsten Aussprache dabei sein darf, weil sie denen mal sagen möchte, was ihre Verantwortung ist. Anscheinend, wenn Frau Wischmann von der Verwaltung (Teamkoordinator Ordnungsdienste) dabei ist, sieht Frau Wischmann nichts, weiß nichts und duldet alles. Sie selbst hätte sich im Interesse des Altmarkrundkurses dort zur Wehr gesetzt. Sie fragt, ist der Weg von der Kreuzung runter nach Stegelitz wenigstens wieder befahrbar? Der Weg ist total zugewachsen. Die EGem sei für diese Abschnitte verantwortlich.

Herr Brohm fragt Frau Braun, meinen sie den Weg am Spielplatz, Richtung ... **Frau Braun** unterbricht Herrn Brohm und sagt, ja der da lang geht. Von oben von der Ecke, rein ins Dorf Stegelitz. Das sei auch der Fahrradrundkurs.

Herr Brohm bejaht dies und sagt zu Frau Braun, der sei auch in unserer Zuständigkeit aber sie kennen die HH-Lage. An diesen Weg müsste man grundhaft rangehen. Er sei mit dem Auto diesen Weg persönlich abgefahren und wisse, dort könne man auch mit dem Fahrrad lang fahren. Der Weg an sich, sei mit einer Kehrmaschine gereinigt worden.

Herr Radke führt aus, dass man am Deichverteidigungsweg Weißewarte eine gewisse Lösung herbeiführen konnte. Dort gebe es jetzt mehr Kontrollen. Der Hochwasserverband und die Polizei seien vor Ort. Der Deichverteidigungsweg endet Ortseinwärts an dem Stadtweg, der in kommunaler Hand sei. Dieser Stadtweg sei derart in Mitleidenschaft gezogen, dass sich letztens ein Dienstleister einen Reifen kaputt gefahren habe. Die Löcher seien sehr stark. Er wisse nicht, was passiert, wenn sich dort ein Fahrradfahrer verletzt. Hier hätte er eine Lösung, die man vor Ort mit dem Bauhof besprechen könnte, was kostengünstiger wäre.

Herr Radke wisse, dass man als OBM für Jubiläen im Ort zuständig sei. Er habe es aber so verstanden, nur für die runden Geburtstage. Seit ca. einem ½ Jahr bekomme er ständig Listen für die nicht runden Geburtstage. Damit müsste er bald eine Massenbestellung von Präsentkörben aufgeben.

Herr Brohm informiert, dass man den Hinweis von Frau Platte aufgenommen habe, die alle Geburtstage ihrer älteren Bürger von Grieben haben möchte. Daraufhin habe man nochmal ins Meldgesetz geschaut und festgestellt, dass das gehen würde und deswegen habe man das umgesetzt. Das heißt natürlich nicht, dass jeder einen Blumenstrauß bekommen sollte. Es soll nur zur Information dienen.

Herr D. Wegener greift nochmal die Situation in Stegelitz auf. Er habe dort auch eine Waldfläche und müsse sagen, dass es dort eine Ausnahmesituation ist, weil der Wald (Sandschelle) dort oben sehr sandig sei. Dort sterben in kurzen Abständen regelmäßig, aufgrund der Trockenheit und des Sandbodens, die Bäume. D.h., im Herbst wurde der Wald durchforstet und im Februar, wegen einiger toten Bäume, schon wieder. Wenn man jetzt von Groß Schwarzlosen nach Stegelitz oder umgekehrt fährt, sieht man schon wieder jede Menge braune Bäume. Wenn das so weiter geht, würde sich das Problem spätestens in 2 Jahren gelöst haben, weil keine Bäume mehr vorhanden sind. Frau Braun könnte sich auch mit dem Vorsitzenden der Forstbetriebsgemeinschaft unterhalten. Der Vorsitzende der Forstbetriebsgemeinschaft habe ihm erzählt, dass Frau Braun ihn schon am 18.05.2023 (Himmelfahrt) sehr intensiv angesprochen habe. Die Forstbetriebsgemeinschaft sei schon am überlegen, inwieweit die Fläche in Stegelitz überhaupt noch über die Forstbetriebsgemeinschaft weiterbearbeitet werden kann. Wenn es dort so viele Aufwendungen und so große Probleme gibt, könnte es passieren, dass diese Flächen aus der Forstbetriebsgemeinschaft ausgeschlossen werden. Er glaube, das wäre das größere Problem. Man sollte wie der BM angesprochen hat, sich mit den Leuten auf vernünftiger Ebene zusammensetzen und reden.

Herr D. Wegener findet, jede Fraktion habe das Recht Anträge zum HH zu stellen und Dinge, die ihm wichtig sind, in den HH einzubringen bzw. Änderungsanträge zu stellen. Darüber entscheiden, wird immer der SR. Einige Anträge werden angenommen, einige nicht. Der HH 2023 ist ein Kompromiss. Dies habe auch so in der Zeitung gestanden. Für seine Fraktion reichten die Kompromisse nicht aus, um den HH 2023 zuzustimmen. Hinzu kommt, dass lt. Meinung seiner Fraktion der beschlossene HH 2023 gegen HH-Grundsätze der Kommunalverfassung verstoße und seine Fraktion nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten, diesem HH zuzustimmen.

Herr Jagolski fragt, hat sich das Einwohnermeldegesetz geändert?

Herr Brohm antwortet mit nein und sagt, dieses Gesetz könne man so oder so auslegen und die Verwaltung habe nochmal eine sehr wohlwollende Auslegung für die OBM vorgenommen.

Frau Platte informiert, dass man diese Frage dem SGSA (Städte- und Gemeindebund S-A) gestellt habe und dieser habe geantwortet, dass das durchaus möglich ist. Ein Hauptverwaltungsbeamter könnte dies an die OBM übertragen. Daraufhin habe der BM die Verwaltung angewiesen, diese Recherche so zu machen. Wer dies als OBM nicht möchte, könnte dies angeben.

Lt. **Herrn S. Wegeners** Meinung müsste der Jubilar selber aktiv werden, dass das dem OBM gemeldet werden darf.

Frau Platte erklärt Herrn S. Wegener, dass das nicht so sei. Wenn über den Jubilar keine Auskunft gegeben werden soll, müsse der dies im Einwohnermeldeamt angeben. Hat der Jubilar das nicht gemacht, gibt das Einwohnermeldeamt die Auskunft.

Herr Brohm erläutert, der BM hat etwas an die OBM delegiert, von Wahlbeamten zu ehrenamtlichen Beamten.

Herr Jacob beendet den TOP und stellt 21:43 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

Öffentlicher Teil

TOP 22: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Jacob stellt die Öffentlichkeit wieder her.

TOP 23: Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

In der nichtöffentlichen Sitzung wurden folgende Beschlüsse gefasst.

BV 1049/2023: Der Stadtrat beschließt die in der Anlage aufgeführten Personen in die Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffen des Amtsgerichts Stendal und der Strafkammer des Landgerichts Stendal für die Geschäftsjahre 2024-2028 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 19x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

BV 1051/2023: Die Fraktion WG Zukunft beantragt, der Stadtrat möge beschließen, dass die Fläche(n), die für die 14 Parkplätze (Zweckbindung durch die NASA) vorgesehen ist (sind), für öffentliche Parkplätze der Stadt Tangerhütte herausgemessen und so dauerhaft für die EGem Stadt Tangerhütte und seine Bürger gesichert werden.

Abstimmungsergebnis mit Änderung: 14x Ja, 2x Nein, 3x Enthaltung

TOP 24: Schließung der Sitzung

Herr Jacob schließt 21:55 Uhr die SR-Sitzung.

Fertiggestellt am: 19.07.2023